



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



In den letzten Wochen hat die Bundesregierung zahlreiche E-Mails von interessierten Bürgerinnen und Bürgern erhalten, die sich für eine entwicklungsorientierte Ausgestaltung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) einsetzen, die momentan von der EU und den AKP-Staaten verhandelt werden. Ein Anliegen, das ich für richtig und wichtig halte. Ich möchte Ihnen daher meine Position zu den verschiedenen Vorschlägen, wie sie in der EPA 07- Kampagne zusammengefasst sind, schildern.

Die bisherigen einseitigen Handelspräferenzen unter dem Lomé- bzw. Cotonou-Abkommen konnten die Stellung der AKP-Staaten im Welthandel nicht wesentlich verbessern und haben nicht in ausreichendem Maße zu Diversifizierung und Handelsausweitung beitragen können.

Zudem sinkt in jüngster Zeit die Bereitschaft anderer Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) auf ähnlichem Entwicklungsniveau, die einseitigen Präferenzen der EU für die AKP-Staaten zu akzeptieren. Ein Ausgangspunkt für die EPA-Verhandlungen war daher die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten auf eine WTO-konforme Basis zu stellen. Die EPAs stellen eine Chance dar, den besonderen Charakter der Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten zu erhalten. Dies verlangt jedoch den termingerechten Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2007. Dabei ist es natürlich zentral, dass der Termindruck nicht dazu führen darf, dass wichtige Aspekte bei der Ausgestaltung der Abkommen vernachlässigt werden.

Die Förderung von regionaler Kooperation ist Ausgangspunkt und ein Schwerpunkt der EPAs. Mit den EPAs verfolgen wir das Ziel, aufbauend auf Initiativen der regionalen Integration über umfassende Partnerschaftsabkommen zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen. Verstärkte regionale Integration soll es den AKP-Staaten ermöglichen über die Vergrößerung zusammenhängender Märkte ihre Wirtschaftlichkeit zu steigern. Regionale Integrationsprozesse können es Ländern erleichtern, ihre Chancen in der wirtschaftlichen Globalisierung besser zu nutzen. Die AKP-Staaten haben dabei selbst festgelegt, in welchen Regionalverbänden sie mit der EU die EPAs verhandeln möchten. Dieser Prozess ist insbesondere im südlichen und östlichen Afrika sehr schwierig verlaufen, da manche der Länder dieser Region mehreren Regionalverbänden angehören. Dies wird dann zum Problem, wenn sich Integrationsprozesse vertiefen – so kann z. B. kein Land zwei Zollunionen mit unterschiedlichen Außenzöllen angehören. Die EPAs haben bestehende Widersprüche sichtbar gemacht, die sonst vielleicht erst in ein paar Jahren sichtbar geworden wären.

Natürlich gibt es keinen Automatismus zwischen Außenhandel und Entwicklung. Ohne leistungsfähige Institutionen, verantwortungsvolle Regierungsführung, ein problembewusstes Monitoring, fortgesetzte Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele und ihre Finanzierung sowie gerechtere Handelsbeziehungen zugunsten der Entwicklungsländer können wir unsere Ziele nicht erreichen, mit EPAs zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen. Genau deshalb halte ich umfassende EPAs für den richtigen Ansatz, die auch handelsbezogene Themen umfassen. Bereits mit dem Cotonou-Abkommen einigten sich die EU und die AKP-Staaten darauf, dass handelsbezogene Themen wie Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen einen wichtigen entwicklungspolitischen Impuls auslösen können. Wenn die AKP-Partner Interesse an der Verhandlung dieser Themen haben, sollten wir uns dem nicht versperren. Es geht hierbei nicht darum, Marktzugangsinteressen der EU zu befriedigen. Vielmehr sollten

die AKP-Staaten die Chance erhalten, durch Reformprozesse in diesen Bereichen – dies ist ausdrücklich nicht unbedingt Liberalisierung, kann diese aber auch enthalten – die institutionellen und regulatorischen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu stärken. Dabei ist es zentral, bei den jeweiligen Entwicklungserfordernissen der Länder anzusetzen.

Nachhaltige Entwicklung ist das Ziel des Cotonou-Abkommens, dem auch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen dienen müssen. Deswegen setze ich mich für die entwicklungsförderliche Ausgestaltung der EPAs und die Kohärenz von Entwicklungs- und Handelspolitik ein. Die EU erkennt die Bedürfnisse ihrer AKP-Partner an und erwartet von ihnen keine vollständige Liberalisierung: Ein Abkommen zwischen wirtschaftlich ungleich starken Partnern muss auch asymmetrisch ausgestaltet sein, dies erlaubt auch das WTO-Regelwerk. Liberalisierungsprozesse müssen flexibel auf die Entwicklungsbedürfnisse der AKP-Staaten zugeschnitten werden; daher haben die AKP-Staaten die Möglichkeit, lange Übergangsfristen in Anspruch zu nehmen. Auch können sie sensible Produkte von der Liberalisierung ausschließen. Wie jedes Freihandelsabkommen müssen auch die EPAs über eine Schutzklausel verfügen, die es bei unvorhergesehenen Störungen der einheimischen Wirtschaft ermöglicht, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Ausgangspunkt der Verhandlungen ist, dass der Marktzugang in die EU im Rahmen der EPAs substanziell verbessert wird. Dabei kann auch ein zoll- und quotenfreier Marktzugang in Erwägung gezogen werden. Auf die Kohärenz zwischen internen und externen EU-Politiken ist besonders zu achten. Des Weiteren muss die Reform der präferenziellen Ursprungsregeln weiter vorangetrieben werden, um diese einfacher, transparenter und prognostizierbarer zu gestalten. Eine Kumulierung über alle AKP-Staaten muss erhalten bleiben.

EU-Kommission und EU-Mitgliedsstaaten haben sich bereit erklärt, mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit EPA-bezogene Reformen in den Entwicklungsländern zu unterstützen und Produktions- und Handelskapazitäten dieser Länder zu stärken. Die EPAs sind eben keine reinen Freihandelsabkommen, sondern begründen im Geist des Abkommens von Cotonou eine neue Komponente der AKP-EU-Partnerschaft.

Derzeit findet eine Überprüfung des bisherigen EPA-Prozesses statt (der sog. „review“). Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird die Ergebnisse des Reviews ernst nehmen und auf dieser Grundlage ihr Ziel nicht aus den Augen verlieren, einen Beitrag zu einer genuin entwicklungsförderlichen Ausgestaltung der EPAs zu leisten.

Die EPAs besitzen Potential zur Armutsbekämpfung und zur nachhaltigen Entwicklung in den AKP-Partnerstaaten. Entwicklungsförderlich ausgestaltete Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind aus meiner Sicht eine viel versprechende Möglichkeit, in den AKP-Staaten Entwicklung durch Handel anzuregen.

Ich denke, dass diese Einschätzung ein Grund dafür ist, dass bislang kein AKP-Staat die EU offiziell nach Alternativen für den Abschluss von EPAs gefragt hat. Unsere Partner sind sich bewusst, dass der entwicklungspolitische Mehrwert der EPAs gegenüber reinen Handelspräferenzen konkret greifbar ist. Diesen Eindruck habe ich nicht zuletzt bei meinem Treffen mit AKP-Ministerinnen und Ministern im Oktober 2006 gewonnen. Jüngst hat sich beispielsweise auch die zentralafrikanische Region bei einem EU-CEMAC-Ministertreffen Anfang Februar ganz klar dazu bekannt, die Verhandlungen fristgemäß bis Ende des Jahres 2007 abschließen zu wollen. Das ist für mich ein klares Indiz dafür, dass der Verhandlungsfahrplan eine Herausforderung darstellt, die bewältigt werden kann.

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stellen die wirtschaft- und handelspolitischen Beziehungen zwischen AKP-Staaten und EU auf eine neue und verlässliche Grundlage, die langfristig angelegt ist. Eine solche Neuorientierung in den Beziehungen erfordert einen intensiven und partnerschaftlichen Dialog zwischen Europa und den AKP-Regionen. Ich setze mich daher im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür ein, dass der bestehende Dialog zwischen AKP-Staaten und EU intensiviert wird. Mein besonderes Augenmerk gilt dabei dem kohärenten Vorgehen von Handels- und Entwicklungspolitik – wie ich finde eine der größten Chancen im EPA-Prozess. Beim informellen AKP-EU-Dialog am 13. März 2007 auf dem Petersberg werden daher neben 27 EU-Mitgliedsstaaten und 30 AKP-Delegationen auch die EU-Kommission mit Handelskommissar Peter Mandelson und Entwicklungskommissar Luis Michel vertreten sein.

Ein solcher intensiver Dialog ist auch mit der Zivilgesellschaft im Rahmen des EPA-Prozesses notwendig, um über einen Ausgleich der Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen die Akzeptanz der EPAs in der Gesellschaft sicherzustellen. Mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit fördern und unterstützen wir dieses Prinzip – auch in AKP-Staaten. In Deutschland bin ich persönlich und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Zivilgesellschaft im ständigen Dialog. Unter anderem im Rahmen des EPA-Arbeitskreises, an dem auch einige der Unterstützerorganisationen der EPA07-Kampagne beteiligt sind.